

Wirtschaftliche Zeitung



Gezeichnet

1704

Mit

Kurszettel

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstraße 22-26

Verlagsdruck: Zentralia Ullstein & Co. Am Dönhofs 3600-3603, 3604
Des. des Verlags: Amt Dönhofs 3608-3609. Telegramm-Adress: Ullsteinhaus, Berlin. Postbezeichnung 3600-3609.

Langer-Konferenz gefordert

Ablehnung in London und Paris

Nachrichtendienst der „Wirtschaftlichen Zeitung“

Wie jetzt bekannt wird, enthält das Memorandum über Tanger, das von Spanien den Regierungen von England, Frankreich und Italien überreicht worden ist, zugleich eine Einladung zu einer Konferenz über die ganze Frage, die am Mittwoch (1. September) in Genf, am Vorabend des Zusammentritts des Völkerbundes, abgehalten werden sollte. Man ist in London beiderseits sehr unwillig, daß diese Einladung von Spanien auf alle Fälle abgelehnt worden ist. Die Unterzeichner der Memorandums sind, einschließlich der kleineren Unterzeichner wie Holland, Belgien, Portugal, und daß sie, wie man annimmt, auch Amerika übermittelt worden ist. Auch Schweden scheint in Spaniens Vorschlag Ablehnung eingeschlossen zu sein, aber nicht in Hinblick auf das Tanger-Problem, sondern wegen der Frage der südlichen Elbe, mit der Spanien das Tanger-Problem zu verbinden sucht. Es wird betont, daß die Aufforderung an die kleineren Staaten, an der Konferenz teilzunehmen, völlig unerwartet in London wie in Paris gekommen ist.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ erklärt heute, daß sich Frankreichs Haltung seit der letzten Woche

bedeutlich verändert habe. Keine der von Madrid geforderten Alternativen, hinsichtlich der Abgabe, für Paris annehmbar, obwohl Frankreich gemäß ist, an ministerielle Konzeptionen an Spanien zu machen. Ueber den Charakter der italienischen Antwort sei noch nichts bekannt gewesen, doch soll der Vorkonferenz in Genf aufpassen, um die spanische Regierung davon abzubringen, Schwierigkeiten in Genf zu schaffen oder sich vom Völkerbund zurückzuziehen.

Paris, 28. August.

Die Morgenpresse gibt nähere Einzelheiten über die Auseinanderlegung zwischen Madrid, Paris und London in der Konferenz. In der spanischen Tages-Presse werden zunächst die politischen und strategischen Gründe dafür auseinandergesetzt, daß Spanien in Tanger unbedingt die Vorkonferenz haben müßte. Primo de Rivera schlägt hierfür zwei Lösungen vor: entweder die Unterzeichnung eines Abkommens in die spanische Protokollrolle oder Übertragung eines Völkerbundmandats an Spanien. Gleichzeitig legt er den Vorschlag einer Frist für die Beantwortung seiner Note, und zwar soll die Antwort vor Beginn der Völkerbundtagung in Madrid eintreffen.

Paris und London seien nun, wie die Morgenpresse mitteilt, nach einem Meinungsaustrausch über die zu erzielende Antwort eingepreist, und Verhandlungen über die französische Note bereits

fortgeschritten. Frankreich erklärt sich bereit, die spanischen Wünsche mit größtem Wohlwollen zu prüfen, gibt aber zu bedenken, daß ein derartig wichtiges Problem nicht in wenigen Tagen gelöst werden könne. Im übrigen vertritt Frankreich den Standpunkt, daß Tanger eine Angelegenheit des internationalen Rechts sei und dem Völkerbund nichts angehe. Eine Völkerbundskonferenz über Tanger bedeuete eine Verletzung der Souveränität des Sultanats von Marokko. Eine Lösung sei nur im Rahmen des Algeciras-Vertrages vom 1923, d. h. also nur auf administrativem Gebiete zu finden, aber es schiene Frankreich, daß der Algeciras-Vertrag nur fiktiver Raum zu einem Kompromiß entsprechend den Wünschen Spaniens biete.

Hoehf und Gaus nach Genf

Vertreter Dr. A. Hoehf ist heute vormittag nach Brüssel gefahren. Er reist am Nachmittag direkt nach Genf, um an den Beratungen der Studienkommission, die am Montag zusammentritt, teilzunehmen. Mit Hoehf fährt auch Ministerialdirektor Gaus nach Genf, der nach den früheren Willkür in Berlin bleiben sollte. Die deutsche Vertretung in der Studienkommission wird also im August genau die gleiche sein wie im Mai. Die Stelle des Ministerialdirektors Dr. Gaus ist gestern beschloffen worden.

Die „Deutsche Tageszeitung“ erhebt gegen die „Wirtschaftliche Zeitung“ den Vorwurf, die Vertraulichkeit der Beratungen in Ausmaßigen Ausmaß missachtet zu haben. Das soll geschehen sein durch die Veröffentlichung der Fassung, die die internationalen Mitglieder des Ausschusses für den formumfassenden Antrag zur Zurückziehung des Aufnahmestandes beim Völkerbund und die Einberufung des Plenums des Völkerbundes getilgt haben. Die „Wirtschaftliche Zeitung“ hat seit Anfang und Ende des Prinzips innegehalten, nur die offiziellen Communiqués über den materiellen Inhalt der Beratungen des Auswärtigen Ausschusses weiterzugeben. Der Sinn der Vertraulichkeit der Sitzungen dieses Ausschusses ist, daß Regierungsdirektoren und Abgeordnete sich über die Fragen der auswärtigen Politik austauschen können, ohne Anstrengungen betreiben zu müssen. Die Zurückziehung der Ablehnung des formumfassenden Antrages ist offiziell mitgeteilt worden. Es lag keinerlei öffentliches Interesse vor, die Haltung der Deutschen in dieser Angelegenheit zu verheimlichen, höchstens — wie man aus dem Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ schließen muß — ein parteipolitisches beziehungsweise nationales Interesse, auf das sich nicht Rücksicht zu nehmen haben. Im übrigen macht sich die „Deutsche Tageszeitung“ einer falschen Darstellung schuldig. Der formumfassende Antrag gibt nicht ab, umgeben das Plenum des Völkerbundes einzuberufen, damit durch ihn die Reichsregierung erlucht werden könnte, den Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund zurückzuziehen. Der Antrag fordert lediglich Klipp und Har den Beschluß des Ausschusses an Zurückziehung des Aufnahmestandes. In und dafür haben die Deutschenationalen geglaubt. Das zu erfahren, hat das deutsche Volk ein Recht.

Die Bestimmungsmensur

Der Heidelberger Streit

Nach Mitteilungen aus Heidelberg hat das badische Innenministerium die Polizeibehörde der Stadt angewiesen, den allerbühnsten Verbau des Aupercio-Carolo — das Total an der Bismarckstraße — die Ablehnung der Bestimmungsmensur zu verhindern und solche polizeilich zu verhindern.

Bekanntlich hat das Reichsgericht bereits im Jahre 1887 in einer unbedingten Entscheidung die Bestimmungsmensur für die Studenten des alten Standpunkts als verbindlich festgesetzt. Seit dieser Zeit besteht in Deutschland ein außerordentlich Rechtszustand. Tausende und abetaufende Studenten haben vor den Augen der Strafverfolgungsbehörden Mensuren gehalten; jeder Einzelmensur, der während dieser langen Zeit in einer ununterbrochenen Reihe statt, hat sich straflos gemacht, weil er die Bestimmung von ihm offenbartigen Vergehen unterließ. Aber es fand sich auch niemand, der dieses Antonsvergehen zu führen versuchte.

Man mußte nur den einzigen Anzeichen jeder Studenten wegen Durschvergehen — beganen durch die Bestimmungsmensur — unter Auflage gestellt und vom Heidelberger Schöffengericht freigesprochen. Aber das Reichsgericht hat in einem neuerdings ergangenen Urteil die Bestimmungsmensur als verbindlich bestätigt und wiederum die Bestimmungsmensur als verbindlich festgestellt. Das Reichsgericht hat durch dieses neue Urteil den höchsten deutschen Gerichts Hof sich das badische Innenministerium zu der oben mitgeteilten Polizeibehörde genötigt.

Damit ist die Frage der Bestimmungsmensur wiederum in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt. Es ist klar, daß die Maßnahme des badischen Innenministeriums zu strengen Folgen führen könnte, wenn nicht von Reichs wegen ein einheitliche Entscheidung, die für alle Strafbehörden der Bundesrepublik bindend ist, erfolgt wäre. Von allen der höchsten Hofbehörden aus und Würtemberg, Bayern und Hessen in Fragen, Bahn und Autobahn zu erreichen. So könnte sich der nationale Bewegung aus der letzten Zeit des „Deutschen Bundes“ wiederholen, daß die höchsten Studenten-Ausschüsse in das benachbarte „Ausland“ unternehmen, um der wohlhabenden böhmer Polizei ein Schnitzbild zu schicken. Jedem Studenten wäre dies nicht ein Unternehmen, das geradezu verboten erscheint, die menschen ihre Güter nach etwaig freizügig geordneten „Studenzenstrich“ durch Aufhebung eines bereits bei anderen Gelegenheiten mit romantischer Reaktion gebilligten Vorgangs wieder etwas zu belohnen.

Es wäre nicht möglich wäre der Bestoff, in Genf gefordert von der „Deutschen Studenten-Ausschüsse“ in das benachbarte Hof der registrierte Gewalt hat. Das wäre eine unerträgliche Verletzung der betroffenen Hofschule und eine starke Gleichung erheblicher wirtschaftlicher Interessen der Hofbehörden.

zulauf ein Ende zu machen, der diesen Namen seit langem nicht verdient.

Was die materielle Seite der Frage angeht, scheiden sich die Vertreter in zwei Lager. Die einen erklären die Mensur eine gewisse Größe, die gerade noch einem Mitteltage beherbergt erfordere, und Hoffkriterien sei in die Nähe des großen Hofes. Die anderen erklären die Mensur als eine Angelegenheit des sublimen Sports, der weit weniger gefährlich als andere Sportarten, wie beispielsweise das Fußballspiel, und haben die erstebestehende Wirkung auf Körper und Charakter hervor. Beide Meinungen enthalten das gemeinsame, daß die Frage Angelegenheit als gemeinlich belanglos betrachtet.

Die Sache müßte aber ein ganz anderes Gesicht, wenn man die Bewegungsberechtigten anseht, die mit großen Eifer und Nachdruck die Bestimmungsmensur verteidigen und selbst jede öffentliche Erörterung über ihre Zweckmäßigkeit zu verhindern suchen. Diese Rechte wollen, daß die Bestimmungsmensur sich als eines der wichtigsten — wenn nicht das wichtigste — Element des ganzen Völkerbundaufbauens erweisen hat. Mensur oder nicht Mensur steht und steht nicht die ganze Studentenenschaft in zwei Lager. Aber weiterhin die Zusammenhänge kennt, die durch das Selbstbestimmungs und seine engen und festen Beziehungen zu der „Alten Herren“ bestehen, weiß, daß damit etwas der geistlichst, wirtschaftlich und politisch einflussreichsten Überbleibe in Deutschland geschaffen werden ist. Viel, viel mehr als der bisherige „Mann aus dem Hofe“ abhielt, und durch diese Bindungen und Verbindungen die Beziehungen der Lehrer und erstbestehenden Studenten in Wirtschaft und Staat und damit der Gang unseres öffentlichen Lebens beeinflusst. Es soll damit nicht gesagt werden, daß jeder Verbindungsmitglied seinen Aufstieg zu erheblichen Einkünften „Bunde“ verdient, aber jeder Verbindungsmitglied, der offen und Herten Willen die anzuwenden im Dunkel sich vorkommenden Vorgänge prüft, muß gefahren, daß sich dabei gefährliche Herde einer Protektionenpolitik sehr oft bilden, die die erste Entscheidung aller Kräfte unterer geistlichst und politischen Ebenen kennen.

Es greift man aber der Prüfung der an sich ziemlich harmlosen Frage der Bestimmungsmensur in eine fälschliche Bunde, die einmal ausgeht werden muß, wenn wir einen klaren und freien Zugang in unsere Hofbehörden verpassen wollen. Die Abgabe gegen diesen in unsere Hofbehörden untergebenen Zustand kann nur eine einseitige und radikale Lösung der Frage der Bestimmungsmensur bieten. Entweder schafft man sie ab; dann muß die ganze Autorität des Einzelnen auf sich selbst eingestellt werden, um sie zum Verschwinden zu bringen. Oder er man möge den Darstellungen, mit welchen man den Hof der Verbindungsstudenten die Mensur als wertvoll vorstellt, wird und betrachtet sie als eine „strahlige Selbstbehauptung“, die „geeignet erscheint, die Jugend zu erziehen“. Dann aber muß diesem Sport seine Existenz offiziell genommen werden und die Mensur als ein Sportspiel ausgetrieben werden, der nicht allein unter die offiziellen akademischen Sportarten aufgenommen, sondern auch vom Reichsausschuss für Behebungen mit aller Sorgfalt gestiftet wird. . . .

Bankangebot Moskaus an Polen

Nachrichtendienst der „Wirtschaftlichen Zeitung“

In Warschau, 28. August. Der russische Gesandte in Warschau hat der letzten Regierung mitteilt, daß Moskau bereit sei, sofort in Verhandlungen über den Beschluß des Garantievertrages einzutreten. Die Verhandlung wurde A. G. bestimmt. Die Verhandlungen werden leitend durch den Außenminister Iljanski geführt, der sich in Warschau nicht nach Genf begeben. Letztendlich wird in Genf durch seinen händigen Delegierten beim Völkerbund sowie durch den Gesandten in Rom und in London vertreten. Dagegen entziehen Frankreich und England ihre Außenminister, die auf der Stelle nach Genf in Warschau mit dem leitenden Außenminister konferieren werden.

Moskau, 28. August. Die Verhandlungen mit Finnland haben bereits gestern in der Hofbehörden begonnen, ebenso sind die Verhandlungen über den Beschluß des Garantievertrages aufgenommen worden. Gleichzeitig hat Ausland einen neuen Schritt in Warschau unternommen. Das Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten veröffentlicht folgende amtliche Erklärung: Der bevollmächtigte Vertreter der Commission in Warschau überreichte in diesen Tagen dem polnischen Minister der Finanzen den Entwurf eines Garantievertrages, in dem festgelegt werden soll: Selbständige Einzahlung von jedem aggressiven Vorgehen, Verpflichtung beider Parteien, im Falle eines Angriffs gegen die andere Partei Neutralität zu wahren, Nichtneutralität an gegen die andere Partei gerichteten Abkommen politischer oder wirtschaftlicher Charakters, Entscheidung etwaiger Streitiger Fragen durch eine gemischte Einigungscommission. Die Kompletierung sprach den Wunsch aus, daß der Vertrag während